

# Sozialdemokrat

Zentralorgan d. Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei i. d. Tschechoslowakischen Republik

Einzelpreis 70 Heller.  
(Einschließlich 6 Heller Porto)

13. Jahrgang.

Donnerstag, 20 Juli 1933

Nr. 167.

## Dollfuß lenkt ein? Dr. Ender soll Verfassungsreform vorbereiten.

Wien, 19. Juli. (E.P.B.) Die gestern erfolgte Berufung des Vorarlberger Landeshauptmannes Dr. Ender in das Kabinett Dollfuß in der Funktion eines Ministers für Verfassungs- und Verwaltungsreform wird der Auffassung über wenigstens durchgreifende Änderungen aller radikalen österreichischen Verfassungsrevisionspläne, an denen in den letzten Monaten zahlreiche Referenten gearbeitet haben, zur Folge haben. Dr. Ender gehört nämlich selbst zu den Schöpfern der heutigen republikanisch-demokratischen österreichischen Verfassung, er ist weiters ein entschiedener Verfechter der Selbstverwaltung der Länder und stand in allen Kämpfen der letzten Zeit auf dem linken demokratischen Flügel der christlichsozialen Partei. Es ist wahrscheinlich, daß Dr. Ender mit eigenen Verfassungsrevisionsvorschlägen kommen wird.

Die Anhänger der Wiederherstellung des demokratischen Regimes in Österreich sehen daher der Wirksamkeit Dr. Enders mit großen Hoffnungen entgegen und rechnen vor allem mit der Wiedereinberufung des Parlamentes, das spätestens im Herbst zusammentreten würde, um die letzten außerordentlichen Regierungsmassnahmen anzunehmen und eventuell die provisorische „kleine Verfassungsrevision“, die Dr. Ender angeht, der heutigen außerordentlichen Verhältnisse durchzusetzen trachten wird, durchzubringen und anzunehmen.

Unter allen Umständen wird der Eintritt Enders in die Regierung Dollfuß wenigstens eine willkommene Milderung der Spannung zwischen den Christlichsozialen und der sozialdemokratischen Opposition, zugleich aber auch ein um so schärferes Vorgehen der Regierung gegen die Nationalsozialisten zur Folge haben.

## Feuergeleht mit Kommunisten.

Rinteln (Hessen-Nassau), 19. Juli. Windener Kommunisten passierten heute nachts zwei Uhr auf einem Kraftwagen mit Flugblatt-Material und Hefeschriften die Stadt. Wie das Conti-Büro hierzu meldet, versuchten mehrere Hilfspolizisten und die Stadtpolizei den Wagen bei der Ausfahrt aus Rinteln zu stellen. Die Kommunisten sprangen sofort ab und schlugen den Beamten die Pistolen auf die Brust. Als ein Hilfspolizist einem Kommunisten die Waffe aus der Hand schlug, eröffneten die anderen Kommunisten das Feuer auf die Polizei, die nun ihrerseits gleichfalls von der Schusswaffe Gebrauch machte. Der Polizeihauptwachmeister Menge brach von mehreren Kugeln getroffen, schwer verletzt zusammen. Ein Hilfspolizist wurde leicht, ein Kommunist wurde schwer verletzt. Zahlreiche Personen wurden verhaftet.

## Antifascistische Flugchriften.

Görlitz, 19. Juli. In den frühen Morgenstunden des Mittwoch wurden in der ganzen Stadt große Mengen kommunistischer Flugchriften gefunden, die vom Antifascisten-Bund ausgestreut worden sind. Da die Zettel in verschiedenen Gegenden der Stadt gefunden wurden, nimmt man, wie das Conti-Büro meldet, an, daß diese aus einem Flugzeug (?) geworfen worden sind.

## Hitler-Zwangsorganisationen für alle Volksschüler!

Berlin, 19. Juli. Die „National-Zeitung“ in Essen veröffentlicht ein Interview mit Ministerialrat Dr. Bed vom preussischen Kultusministerium über den neuen „Geist“ in der Volksschule. Der nationalsozialistische Staat wolle die Volksgemeinschaft aller Deutschen verwirklichen. Dabei läge der Volksschule eine grundlegende Aufgabe zu. An erster Stelle sei die Kenntnis der nationalsozialistischen und erbologischen (!) Grundlagen des Einzelnen und der Gemeinschaft zu nennen.

Rünftig würden alle Volksschüler wie alle Schüler und Schülerinnen vom 8. bis zum 14. Lebensjahr überhaupt dem „Jugendvolk“, der Vorstufe der Hitler-Jugend, angehören. Die entsprechenden gesetzlichen Maßnahmen seien bereits in Vorbereitung.

## Henderson in Prag. Auf seiner Abrüstungs-Rundreise durch Europa.

Prag, 19. Juli. Mit dem Berliner Schnellzug traf heute um 13 Uhr 40 Minuten der Vorsitzende der Abrüstungskonferenz A. Henderson in Begleitung des Vorstandes der Abrüstungssektion beim Völkerbund Th. Agnides in Prag ein.

Auf dem Masaryk-Bahnhof hatten sich zur Begrüßung Hendersons Außenminister Dr. Benes und der britische Gesandte Addison eingefunden.

Henderson ist auf Grund der amtlichen Ermächtigung durch den Hauptauschuß der Genfer Abrüstungskonferenz nach Prag gekommen. Nach seinen Beratungen in London, nach seinen Konferenzen mit den leitenden Staatsmännern in Paris, Rom und Berlin ist Henderson nach Prag gekommen, um Dr. Benes als Generalberichterstatter der Abrüstungskonferenz über diese seine Beratungen zu informieren und mit ihm den weiteren Fortgang der Arbeiten der Abrüstungskonferenz zu vereinbaren.

Henderson hatte mit Dr. Benes zwei Unterredungen. Die erste gleich nach seinem Eintreffen, die zweite gegen Abend im Außenministerium. In diesen Unterredungen wurde das Abrüstungsproblem nach der heutigen Lage durchbesprochen.

Henderson wird Donnerstag früh Prag verlassen und nach München reisen, wo er mit dem Reichslanzler Hitler zusammentrifft. Von München reist Henderson noch nach Paris und nach London.

## Abgewunken . . . Keine Zusammenkunft Daladlers mit Hitler.

Paris, 19. Juli. In Pariser Regierungskreisen zeigt man sich gegenüber der von einem Teile der deutschen Presse dem Vorsitzenden der Abrüstungskonferenz Henderson zugeschriebenen Anregung einer persönlichen Aussprache des französischen Ministerpräsidenten Daladier mit Hitler überaus zurückhaltend. Die französische Presse vertritt in diesem Zusammenhang die Ansicht, daß eine Begegnung des Deutschen und des französischen Regierungschefs nicht nur verfrüht erscheine, sondern auch kaum genügen dürfte, um die zwischen den beiden Ländern bestehenden Gegensätze zu beseitigen oder um die Schwierigkeiten der Abrüstungsfrage, die vielfach technischer Natur sind, mit einem Schlage zu überwinden.

## Schwerindustrie und Reichswehr generale dirigieren Hitler. Sturm um Schacht!

Schacht wäre beinahe verhaftet worden.

Der Londoner „Daily Herald“ berichtet sensationelle Dinge über die Hintergründe des Gegenkampfes im Rastlager. In dem Bericht heißt es:

„Hitlers jüngst erfolgte entschiedene Warnung an seine Gefolgschaft, wonach von einer zweiten Revolution keine Rede sein könne, hat einen sensationellen Hintergrund. Revolutionäre Elemente unter den Sturmtruppen hatten bereits beschloffen, den Reichsamtpräsidenten Dr. Schacht zu verhaften, den sie als den Hauptverantwortlichen für den Verrat der sozialistischen Seite des Hitler-Programms durch die Nazi-Regierung betrachten.“

Dr. Schacht ist nach wie vor ein entschiedener Gegner einer Inflationspolitik. Die Inflationsgruppe besteht vor allem aus Gottfr. Feder, Wagemann, Wagner und Darre. Diese Inflationsgruppe beschuldigt Schacht, daß er den Goldstandard nur aufrechterhält im Interesse der Bankiers und Kapitalisten und daß er die soziale Revolution verrät. Die extremistischen Elemente in der Nazi-Partei haben deshalb in enger Verbindung mit diesen Männern beschloffen, Hitlers Hände zu binden, indem sie Schacht verhafteten — erst in der letzten Minute wurde ihr Plan entbeht.“

## Hitler wollte Generaloberst werden . . .

Berlin, 18. Juli. Durch Indiskretion einer der Reichswehr nahestehenden Persönlichkeit des Berliner politischen Lebens wird erst jetzt bekannt, daß Herr Hitler im Juni dieses Jahres durch Vermittlung des nationalsozialistischen Abgeordneten, Prinzen August Wilhelm von Hohenzollern, an eine Reihe von höheren Offizieren der Reichswehr das Ansinnen richtete, sich dafür einzusetzen, daß ihm, Hitler, der Rang und die Uniform eines General-Obersten vom Reichspräsidenten „in Namen des deutschen Volkes und auf Wunsch der Reichswehr“ verliehen werden. Obwohl Prinz August Wilhelm sich mit Energie dieser heißen Aufgabe unterzog und eine Rundreise quer durch Deutschland anstellte, scheiterte der Plan am allgemeinen Widerstand der Generale der Reichswehr, die ablehnten, sich für Hitlers Eitelkeiten zu verwenden, und die von dem neuen „Kollegen“ nichts wissen wollten. — Die Verleihung der Würde eines General-Obersten sollte nach den Wünschen Hitlers zum 1. August, zum Jahrestage des Kriegsausbruches, erfolgen.

## SA-Mann geht lieber nach Afrika als zurück nach Deutschland!

Wes, 19. Juli. Gestern hat sich beim französischen Grenzposten in der Nähe von Apach ein aus Hannover geflüchteter SA-Mann mit der Bitte gestellt, man möge ihn in die französische Fremdenlegion aufnehmen. Er wolle lieber in Afrika sterben, als ins Dritte Reich zurückkehren. Die französischen Behörden haben, wie es in dieser Meldung weiter heißt, dem Wunsche stattgegeben.

## „600.000 Dreyfus-Fälle in einem Land“.

Auf einer großen Londoner Versammlung in Carlton Hall, Westminster, erklärte Captain Sidner Herbert, daß — falls Deutschland sich bereit erklären würde, allen Unterdrückten, Sozialisten, Pazifisten und Juden ihre Freiheit wieder zu geben — England an erster Stelle bereit sei, den Deutschen die Hand zur Versöhnung zu reichen. „Bis dahin“, so sagte der Redner, „muß Deutschland es sich gefallen lassen, in den Augen der ganzen Welt als „moralisch geächtet“ darzustellen. Das Jahr 1933 weist 600.000 Dreyfus-Fälle in einem einzigen Land auf. Wir leben in Zeiten, in denen die europäische Freiheit so gut wie gestorben, und auch das Gewissen von England eingeschlafen sei. Captain Herbert und der bekannte Publizist Hannen Swaffer schlugen vor, daß die Juden Englands sich an die Spitze des Boykotts gegen Deutschland stellen, und daß alle anderen Engländer ihrem Beispiel folgen sollten.“

## Ein Braunes Haus in London.

„Daily Herald“ meldet, daß deutsche Nationalsozialisten in einem Londoner Hotel in Westminster ein „Braunes Haus“ gegründet haben; es soll ein sogenanntes englisches „Hauptquartier“ der deutschen Nationalsozialisten darstellen. Die Leitung dieses „Hauptquartiers“ liegt in den Händen des Londoner Korrespondenten des „Völkischen Beobachters“ Dr. Thost. Zweck und Ziel des „Nazitabes“ ist es, faschistische Propaganda in England zu machen und dafür zu sorgen, daß Uebersetzungen von „Hitler-Literatur“ in englischen Buchhandlungen, Universitäten und Schulen verbreitet werden.

## Scheinkampf gegen den österreichischen Fascismus.

Fast jede Woche steht der österreichische Bundeskanzler Dollfuß vor dem Mikrophon und sendet eine pathetische Rede in den unheiltschwangeren Aethen, in den Senderräumen der Rabag drängen sich vaterländisch Begeisterte, aktive Minister, gewesene und kommende um den Ansager. Das Volk der österreichischen Republik, das Trommelfell der Massen hat einem wahren Bombardement mit abgestandenen Phrasen und „traditioneller“ Musik standzuhalten; täglich erfährt der ahnungslose Sierblinde, daß zwei Seelen, ach, in seiner Brust wohnen, eine deutsche und eine schwarzgelbe (die Herren vom „Kriegswirtschaftlichen Ermächtigungskurs nennen dieses Spezifikum dieser Volksseele schlicht und durchsichtig „österreichisch“), täglich wird dem armen Staatsbürger irgendein möglichst unpassender vaterländischer Spruch serviert, zwischen alplerischem Gedudel und hochoffiziellen Gedudel erfährt man, daß man eine Heimat, eine schöne Heimat hat, die des Schühens wert sei und sich dieses Ziel eine „über den Parteien stehende“ Organisation gesteckt hat: die vaterländische Front, in die unverzüglich einzutreten Pflicht jedes ehrlichen Österreicher sei. Es ist Hochkonjunktur für Veteranen- und Feuerwehrfeste mit ihren „traditionellen“ Fahnen, Orden und Uniformen, eine Flut von Kitsch, wie ihn nur falsche Sentimentalität und ein gedankenarmer Patriotismus erfinden konnten, braust aus allen Lautsprechern über das Land.

Patriotismus wie ihn Gegenrevolutionäre verstehen! Ein Patriotismus, der sich nicht scheut, die Arbeiterklasse niederzubalten, wie es bisher nur die Reaktion des Vormärz gewagt hat, ein Patriotismus, der seit mehr als drei Monaten die mühsam erkämpften Freiheitsrechte des Volkes Stück für Stück beseitigt, ein Patriotismus, der das Parlament, die einzige und eigentliche gesetzgebende Körperschaft abgeschaltet, der die oberste Gerichtsinstantz, den Verfassungsgerichtshof, gesprengt hat, ein Patriotismus, der zugleich die Bank des Herrn Rothschild vor dem Zusammenbruch bewahrt, den Sozialversicherungsangestellten aber die vertraglich gesicherten Bezüge geraubt hat, ein Patriotismus, der die kommunistische Partei, den Schußbund und die die Freidenkerbewegung verboten, den nationalsozialistischen Mordbrennern aber nur die Vereinstätigkeit unter sagt hat. Der Patriotismus der Dollfuß und Genossen, er ist hundertprozentige Reaktion.

Der „Erneuerer Österreichs“ Dollfuß hat in allen seinen Reden kundgetan, daß er jener heilige Georg sei, der den marxistischen Drachen erschlagen werde, er hat erst kürzlich in seiner Agitationsrede in Graz betont: Der Geist des Massenkampfes müsse nicht nur auf gesetzlichem Wege, sondern auch „innerlich“ überwunden werden, in jedem Industriebetrieb, in jedem Amt, in jeder Werkstatt. Eine neuerliche schwere Drohung gegen die organisierte Arbeiterchaft, deren Einfluß auf die Gesetzgebung durch eine sogenannte „Ständeverfassung“ vollends beseitigt werden soll und an deren Vorbereitung die juristischen Beamten des Herrn Dollfuß bereits emsig arbeiten. An Stelle der verfassungsmäßig verkündeten Demokratie soll eine Gedanken-Mumie gesetzt werden, die man aus der Kumpelkammer der Geschichte hervorgeholt und der man autoritären Purpur umgehängt hat. Neue Herausforderungen der ehrlich demokratisch denkenden Arbeiterchaft, neue brutale Rechtsbrüche, die angesichts der politischen Hochspannung gefährlich werden können, stehen bevor. Dollfuß will gegen zwei Fronten kämpfen, die Geschichte wird ihn bald eines Besseren belehren. In seinem Kampf gegen die Feinde der Demokratie, gegen die Nazis, stützt er sich nicht auf die

überzeugten Demokraten, er sucht seine Mitstreiter in den Kreisen der ehemaligen k. u. k. Militärs, der katholischen Kongregationen, des gehoramen, ihm dieg- und diegiamen Beamtenstandes und — die Fronie darf nicht fehlen — bei dem jüdischen Unternehmertum, das in seiner — psychologisch ja sehr begreiflichen Angst vor der Raziinvasion — nach Dollfuß wie nach einem rettenden Strich greift. Man macht Revolutionen nicht mit Lavendelöl, aber ebenso wenig gewinnt man Kriege mit Jünglingsvereinen und Verächtern. In dem Kampf des Dollfuß gegen die Nazis steht eine Reaktion gegen die andere und die Arbeiterschaft kennt nur eine klare Parole: Weder Hitler noch Habsburg! Die Arbeiterschaft ist bereit, den braunen Faschismus niederzuringen, der ihr größter Feind ist, aber sie fordert die Sicherung des einzig möglichen Kampfbodens, die Einberufung des Parlaments. In einer Massenadresse an den Bundespräsidenten wird die Arbeiterschaft ihren Willen bekunden, man wird sehen, wie sich die Regierung zu der Forderung der Massen verhält.

Angesichts der Nazigefahr ist es ein waghalsiges Spiel, die verlässlichen Republikaner in Oesterreich immer wieder herauszufordern. Kürzlich hat sich der Wiener Zensor ein Kabinettsstud geleistet. Man ist in bezug auf die Konfiskationspraxis in Oesterreich schon so manches gewöhnt, aber was sich der rasend gewordene Rotstift gerade in den letzten Tagen geleistet hat, übersteigt wohl alle bisherigen Erfahrungen. Man hat wieder einmal die „Arbeiter-Zeitung“ beschlagnahmt. Warum? Weil das Blatt berichtet hat, daß zwei sozialdemokratische Organe in der Provinz verboten wurden und zu der schlichten Konstatierung eine vollkommen harmlose Bemerkung angefügt hat. Dann hat sich der Zensor an die Gerichtsstaatsanwaltschaft gehalten, wo über eine Verhandlung gegen die kommunistische Redaktrice eines Frauenblattes wahrheitsgemäß berichtet wurde. Der Bericht war einer Gerichtsstaatsanwaltschaft entnommen und erschien im gleichen Wortlaut in zahlreichen bürgerlichen Blättern, so auch im Abendblatt der „Neuen Freien Presse“ und in der „Allgemeinen Zeitung“. Konfisziert wurde der Artikel nur in der „Arbeiter-Zeitung“, weil der Zensor in dem Bericht die „Gutheißung ungeselliger oder unritztlicher Handlungen“ sah. Aber damit ist nicht genug. Dem Rotstift fiel auch ein böllig unpolitisch er Gerichtsstaatsanwaltschaft zum Opfer, in dem ein Straffall — es handelte sich um eine Anklage wegen verurteilten Wilderns — diskutiert und die Frage aufgerollt wurde, ob das bloße Mitnehmen eines Gewehres in fremdes Jagdrevier eine Vorbereitungshandlung darstellt. Soweit ist es also unter dem „Patriotenregime“ in Oesterreich gekommen. Diese ungeheuerliche Rechtsbeugung, dieses immer feierlichmalen des Maulkorbes, die geradezu asiatische Ausschaltung jeder Kritik wird von der Arbeiterschaft mit Recht als eine bewußte Herausforderung empfunden. Die größte

Partei des Staates, zwei Fünftel der Gesamtbevölkerung Oesterreichs müssen sich solche Methoden gefallen lassen, während die hochverräterische, zu Gewalttaten auffordernde, allerdings jetzt getarnte Nazipresse weiterhin heben und schüren darf. Daß die Arbeiterschaft immer mehr das Gefühl verlieren muß, in einem Rechtsstaat zu leben, ist verständlich. Obwohl die Nazis ihre Terrorakte fortsetzen und gar nicht gewillt scheinen, ihre infamen, unterweltlichen Praktiken aufzugeben, muß jeder unbefangene Beobachter der Regierungspolitik (umso mehr nach dem Besuch Gombos' in Wien) den Eindruck gewinnen, als ob die Regierung auf halbem Wege stehen-

„Die ganze Kulturwelt sollte Front gegen ein so barbarisches Volk machen“.

## Endlich zur Besinnung gekommen? Schärfste Verurteilung der Nazihunnen durch unsere Christlichsozialen!

Unsere Leser erinnern sich, wie oft wir in den vergangenen Monaten uns veranlaßt sahen, festzustellen, daß auch die Christlichsozialen hierzulande sich bemühten, den braunen Barbaren im Reiche die Mauer zu machen, Bundesgenossenschaft mit den heimischen Nazis zu halten. Nicht nur haben die Christlichsozialen, so lange es draußen nur gegen die Sozialisten ging, niemals ein Wort der Ablehnung, der Humanität, demokratischer Gesinnung gefunden — nein, sie haben sogar den „Tag“ gegen uns zitiert, die „Deutsche Presse“ hat aus diesem mit der Mordbagage gleichgeschalteten Blatt die Beschimpfung unserer Partei als eines „Konzentrationslagers voll gewordener Kaufbolde und Marktschreier“ übernommen, hat die Nazis gegen die „rote Terrorhege“ verteidigt.

Als dann der braune Dösch sich auch gegen das Zentrum zu wenden begann, hörte man zwar aus der „Deutschen Presse“ zuweilen auch andere Töne, und seit dem Beginn des „Goldenen Zeitalters“ des Herrn Dollfuß fand das christlichsoziale Zentralorgan immer mehr widerliche Soaare in der braunen Suppe. Nichtsdestoweniger: zu einem scharfen Trennungsstrich zwischen sich und den Hitleristen hatte die „Deutsche Presse“ auch dann nicht gefunden, vergebens suchte man in ihren Spalten antisozialistische, christliche, demokratische Gesinnung angesichts des Entsetzlichen, das sich in Deutschland abspielt.

Das mußte festgestellt werden, ehe wir zitierten, was dieselbe „Deutsche Presse“ plötzlich in ihrer gestrigen Nummer schrieb. Man höre:

„Was ist das für eine Mentalität, die den Mord verherrlicht und belohnt; förmlich dazu aneifert? Man kann nur mit Schrecken daran denken, wohin diese unmenschliche Verrohung der politischen Moral in Deutschland noch führen wird. Die ganze Kulturwelt sollte Front gegen ein so barbarisches Volk machen, das mittelalterliche Blutsitten wieder in Europa einführen will. Die deutschen Nationalsozialisten haben es nicht nötig, von erdichteten Greuelmärchen zu sprechen, sie selbst liefern der Welt Tatsachen, die grauenhaft genug sind.“

Front der ganzen Kulturwelt gegen ein so barbarisches Volk!

bleiben, als ob man es bei einigen Phrasen bewenden lassen würde, hinter denen man vergeblich Taten sucht. Nach einigen äußerlichen Kraftregungen der „Vaterländischen Front“ hat sich erwiesen, daß hinter Dollfuß keinesfalls jene schlagkräftige, überzeugte Masse steht, die man dem Naziangstertum erfolgreich entgegenstellen könnte. Das braunbendige Verbrechertum wird in Oesterreich erst dann niedergedrungen werden, wenn es gelingt, die Abwehrfront zu verbreitern, wenn es gelingt, die republikanisch und demokratisch denkende Arbeiterschaft zu gewinnen!

Vor ein paar Wochen noch hätte die „Deutsche Presse“ auf ein solches Wort, wäre es von Sozialdemokraten geprägt worden, sich mit aller Wut nationalistischer Demagogie gestürzt. Vor kurzem noch — als das „barbarische Volk“ erst bei der Umlegung der Sozialisten angelangt war — distanzierte sich die „Deutsche Presse“ so wie die des übrigen sudetendeutschen Bürgertums von den „Greuelmeldungen“. Und jetzt? Jetzt überschreibt sie ihre Aburteilung der Barbaren mit „Greuelmärchen“ unter Anführungs- und Fragezeichen, und fügt hinzu:

„Nein, es sind keine Märchen, die man sich diesmal über Deutschland erzählt. Die offiziellen und offiziellen deutschen Nachrichtenbüros verbreiten ja die Geschichten selbst — sozusagen mit Wohlbehagen. Da ist zunächst der Fall Scheidemann...“

den die „Deutsche Presse“ sodann mit Abscheu schildert; dann geht sie zur Schilderung der Ermordung Schaefer über, den sie mit Recht als eines unter den vielen „Opfer dieser heintüdischen, menschenmörderischen Geme“ bezeichnet. Und in diesem Tone fährt die „Deutsche Presse“ fort, um dann zu dem zitierten Urteil über das „barbarische Volk“ zu gelangen.

Die Vehemenz dieses Ausbruchs in der „Deutschen Presse“ mag ja wohl damit zusammenhängen, daß Herr Frid — was sie in derselben Nummer berichtet — die Tausendmarktsperre auch für die reichsdeutschen Katholiken aufrechterhält, die im September in großen Gruppen zum allgemeinen deutschen Katholikentag nach Wien fahren wollten; Schmerz und Empörung darüber reißt die „Deutsche Presse“ so weit hin, die Herren um Hitler einen

„Klingel maßlos aufgeblasener und verheppter Falckenkreuzer“ zu nennen. Welche Wandlung im christlichsozialen Lager!

Ob sie von Dauer sein wird, steht dahin. Wir können unsere Papstphemer! Wenn der Wind sich drehen sollte, werden die Christlichsozialen bestimmt wieder anderswo zu finden sein. Bis dahin aber halten wir ihr Urteil über das „barbarische Volk“ fest: über jenes „barbarische Volk“, mit dessen Repräsentanten allerdings der Heilige Vater der „Deutschen Presse“ ein Konkordat abzuschließen sich beile. Vielleicht beilist sich jetzt die „Deutsche

Presse“, ihren Lesern diese Kleinigkeit näher zu erklären. Denn:

„Was ist das für eine Mentalität, die den Mord (mit einem Konkordat und herzlichsten Beziehungen, mit himmlischem Frieden und päpstlichem Segen) verherrlicht und belohnt; förmlich dazu aneifert?“

„Die ganze Kulturwelt sollte Front gegen ein so barbarisches Volk machen“ — eine Front, in die sich die „Deutsche Presse“ vorübergehend einreicht, während Seine Heiligkeit wiederum mehr der anderen Front anzugehören scheint...

## Der Kampf gegen die Wirtschaftsnot.

Aus Amerika kommt eine wichtige Meldung: Die Regierung der Vereinigten Staaten will zur Behebung der Krise eine Verkürzung der Arbeitszeit und eine Erhöhung der Löhne erzwingen.

Schon lange haben die Amerikaner festgestellt, daß bei dem heutigen Stand des technischen Fortschrittes auch bei normalem Warenbedarf, die Arbeitslosigkeit und damit die Krise nicht beseitigt werden kann. Mit ihrer Forderung nach höheren Löhnen, um die Kaufkraft zu heben und der Forderung der Arbeitszeitverkürzung, um einen Teil der Arbeitslosen in den Produktionsprozess wieder einzugliedern, zieht die amerikanische Regierung nur die richtige Folgerung aus den gegebenen wirtschaftlichen Verhältnissen.

Dadurch unterscheidet sich die jetzige Regierung der Vereinigten Staaten vorteilhaft von den übrigen kapitalistischen Regierungen. Sie greift damit auch zu dem einzigen Mittel, um die Wirtschaft vor dem Zusammenbruch zu retten. Denn das Wirtschaftssystem funktioniert nur dann tadellos, wenn zwischen der Warenerzeugung und dem Warenverbrauch Gleichgewicht herrscht. Das Gleichgewicht ist aber längst gestört. Wir haben eine Überproduktion an Waren, hervorgerufen durch technischen Fortschritt und verstärkt durch gesunkene Kaufkraft der Bevölkerung. Millionen Menschen hungern und leben in Elend, weil es „zu viel“ Waren und Lebensmittel gibt. Bei dem heutigen Stand der Technik wird das Großteil der Arbeit von der Maschine geschaffen, zu deren Bedienung ein Teil der Arbeiter genügt. Der andere Teil der Arbeiter ist zur Untätigkeit verurteilt.

Die vorhandene Arbeit an alle aufsteifen, so daß alle Arbeit und Verdienst haben, ist eine Forderung, die nicht nur im Interesse der Arbeiter, sondern auch im Interesse der Gesellschaft und des Staates liegt. Wenn hier Arbeitszeitverkürzung und hohe Löhne verlangt wird, um aus dem wirtschaftlichen Elend herauszukommen, bekommen unsere bürgerlichen Parteien Tobsuchtsanfälle und schreien, daß wir die Wirtschaft mit sozialistischen Forderungen zugrunde richten wollen. Jetzt aber greift die Regierung des größten kapitalistischen Staates zu unserer Forderung, um die Wirtschaft vor dem Zusammenbruch zu retten.

Die Frage ist nur, ob die amerikanische Regierung die Energie aufbringen wird, ihr Programm der Arbeitszeitverkürzung und der Mindestlöhne durchzusetzen. Gelingt ihr dies, so kann das amerikanische Beispiel auch für Europa wohltaend wirken.

## Die Sache mit Borris

Kriminalroman von Grete Hartwig

Alle Rechte vorbehalten

„Das ist doch selbstverständlich. Ich bin Ihr Verteidiger, ich werde nichts zu Ihrem Schaden unternehmen.“

„Nicht um mich handelt es sich...“ Und Lillian erzählte, zuerst unter Zögern, dann fließend, genau in allen Details, die Sache mit Borris.

Der Rechtsanwalt sah und stenographierte, stellte markante Fragen, notierte und nickte ein paar Male heftig mit dem Kopf. Als Lillian erschöpft schwieg, sagte er zart: „Ist Ihnen jetzt nicht leichter?“

Der Mann zwischen ihnen war gebrochen, der Mann war Lillian plötzlich unendlich vertraut. „Warum kommt Max nicht zu mir?“ fragte sie ausbrechend. „Sie müssen zu ihm gehen. Sie müssen ihm sagen, daß ich unschuldig bin, daß ich das Opfer eines Verhängnisses bin, daß ich doch nicht mehr zurückkomme. daß Borris doch nie mein Geliebter war. Sie müssen ihm sagen, daß ich nun niemanden habe, als ihn und daß er sich jetzt nicht von mir wenden darf. Er soll kommen, ich muß mit ihm sprechen, ich...“ Die Stimme verlor sie.

„Quält Sie das so sehr?“ fragte Horst laut. „Es ist häßlich von ihm. Würden Sie eine Frau verlassen, weil sie aus Güte eine Unvorsichtigkeit begangen hat?“

„Nein, Fräulein Band.“ „Nicht wahr, das ist niedrig?“ „Wir wollen nicht so streng sein. Ich begreife, daß Sie durch die Hast natürlich besonders reizbar sind. Beruhigen Sie sich, es wird sich alles klären.“

„Glauben Sie, daß er mich noch liebt?“ Der Mann lächelte über ihre mädchenhafte Naivität, über ihre Verträumtheit, die nicht einmal von der graufigen Realität des Gefängnisses gebrochen wurde.

„Oh, Sie lachen mich aus!“ protestierte das Mädchen und wurde sehr rot.

„Mein liebes Fräulein...“

„Wenn ich nur wüßte, ob Borris' Flucht gescheit ist... dann könnten wir sprechen.“

„Auch, daß Sie ihm zur Flucht verhelfen wollten, ist strafbar, ich hoffe aber, daß wir des wirklichen Mörders habhaft werden, dann wird man dem wahren Grunde Ihres Besuches im Separee nicht weiter nachspüren. Und wenn selbst, so viele Ihre innige Freundschaft zu diesem Borris ins Kalkül, sowie Ihre Unwissenheit Ferner ist er ja kein gemeiner Verbrecher, sondern ein politischer und der Tatort ist Rumänien. Also, das soll uns keine Sorgen bereiten. Viel wichtiger ist natürlich die Aufklärung des Verbrechens. Kann dieser Borris der Mörder sein?“

„Nein, das ist ganz ausgeschlossen. Erstens ist er ein so gutherziger Mensch, daß er keiner Missetate was zu leide täte, zweitens, welchen Grund hätte er gehabt? Der Fremde wollte ihm ja helfen, er wollte mir für ihn den Pakt geben und hatte mir für ihn schon die Tabatiere geschickt, die, zu Geld gemacht, eine recht große Summe ergeben hätte.“

„Vielleicht hatte dieser Rene Gaubier einen großen Betrag bei sich, man hat ja sonderbarerweise keine Briefstasche bei dem Toten gefunden. Es wäre schon denkbar, daß Borris...“

„Ich kann mir das nicht vorstellen.“

„Eine Version wäre folgende: Borris betritt das Separee, fragt Gaubier nach Ihnen, erfährt, daß sie noch nicht hier waren, bittet Gaubier um den Pakt, um das Reisegeld, dieser bedeutet ihm, er habe die kostbare Tabatiere an Sie geschickt, Borris kann nicht warten, bittet Gaubier um

Vargeld, die Tabatiere könnten Sie ihm ja retournieren, Gaubier weigert sich, Geld herzugeben, aus irgendeinem Grunde, es können sich ja auch plötzlich Differenzen ergeben haben. Borris gibt dem Reiter Gift in das Glas, raubt ihm das Geld und flieht.“

„Nein,“ sagte Lillian bestimmt.

Der Rechtsanwalt sah sie zweifelnd an.

„Nein,“ sagte Lillian gereizt. „Weil Sie ihn nicht kannten, sprechen Sie so. Es ist schrecklich, wie unbarbarisch Sie ihn verdächtigen.“

„Aber, liebste Fräulein Band, so geben Sie mir doch irgendeinen Anhaltspunkt.“

„Rene Gaubier ist ein Selbstmörder.“

„Darauf deutet nichts hin. Uebrigens werde ich Erkundigungen bei seiner Frau einholen.“

„Er war ja allein. Der Kellner hat ausgefragt, daß kein Mensch bei ihm war.“

„Und das zweite Glas, zur Hälfte ausgegetrunken?“

Lillian suchte die Achsel. Sie versank in Nachdenken.

„Also, Sie gehen zu Max?“

„Gewiß.“

„Gehen Sie auch zu... zu Sophie Randler.“

„Vielleicht weiß sie etwas über Borris. Vielleicht hat sie Nachricht aus Russland, falls er schon dort ist, oder vielleicht weiß sie wenigstens, ob und wann er abgereist ist. Gehen Sie zu ihr! Ich... ich weiß ihre Adresse nicht mehr, aber... ich habe sie einst, Borris hatte sie mir aufnotiert... ich glaube Taubgasse oder...“

„Das läßt sich ja eruieren. Ist sie eine Kommunistin?“

„Das weiß ich nicht. Ich sollte damals das Geld zu ihr bringen, aber ich bekam es doch erst am Abend, deshalb war ich nicht bei Sophie Randler.“

Namens erlitt einen sehr tragischen Betriebsunfall, das ist noch gar nicht so lange her. Ist sie verwandt mit ihm?“

„Das weiß ich doch nicht,“ sagte Lillian gequält. „Ich kenne diese Frau ja nicht.“ Lillian nahm es diesem Manne entschieden übel, daß in seinen Interessentkreis noch andere Dinge spielten, als ihr eigenes Leid und Mißgeschick. Ein ihr selbst fremder Besitzinstinkt umfaßte ihn und sein ihr nicht restloses Gehören erfüllte sie mit Born. Er hatte sich voll und ganz auf ihren „Fall“ zu konzentriert, auf diesen mysteriösen Fall, dessen Klärung seinen ganzen Ehrgeiz aufstacheln mußte. Außerdem bezahlte ihn ihr Vater, weit über seine Verhältnisse.

Mit einer Bitterkeit, die nie in ihr gewesen war, verlangte sie von diesem Menschen Unmögliches, sie zürnte ihm, weil er es nicht vermocht hatte, ihre Haftentlassung zu bewirken, und sie zürnte sich, daß sie ihn ungeduldig erwartete, daß sie litt, wenn er ging, daß sie ihn grenzenlos vertraute, trotzdem er sie ständig enttäuschte, sie verabscheute seine Ruhe, seine Distanz, seine Ueberlegenheit in einer Sache, die ihr Leben verbog und zerstückte. Sie empfand diesen Märgel, weil er kommen und gehen konnte, während ihr die Hände gebunden waren, sie zitterte vor Erregung, weil er jung, hübsch, elegant, reich und soigniert war und alle diese Gaben in einer Welt, die für sie verschlossen war, genießen konnte, in einer Gesellschaft, der sie vor ein paar Tagen auch noch angehört hatte, und in die sie vielleicht nie mehr rein und makellos, lebenswert und unnahbar zurückkehren konnte. Er mußte sie reinwaschen, er mußte ihre Ehre wieder herstellen, er mußte...“

(Fortsetzung folgt.)

Wohl tun trägt Zinsen:

# Hitlers Geldgeber Thyssen Wirtschaftsdiktator im Ruhrgebiet!

## Eine Kreatur Thyssens Hitlers „wirtschaftspolitischer Berater“.

Der scharfe Rechtskurs in der deutschen Wirtschaft, der durch Hitlers kürzliche Abgabe an die „zweite Revolution“ und durch die Ernennung des Generaldirektors Schmitt zum Reichswirtschaftsminister eingeleitet wurde, hat nun eine neue Bestätigung gefunden. Der bekannte Industriekapitän Hugo Thyssen, einer der hauptsächlichsten Geldgeber Hitlers, der kürz-

Herr Thyssen dürfte nach dem Erzkaiser Wilhelm der reichste Mann Deutschlands sein; selbstredend stand er seit jeher auf der äußersten Rechten und gehörte immer zu den größten Schar-

## Wer ist Herr Keppler?

Thyssens Ehrgeiz geht aber noch weit über das Ruhrgebiet hinaus und so hat er einen seiner Betreuer bis in die engste Umgebung Hitlers als Vertrauensmann vorgeschoben:

Vor einigen Tagen wurde, nachdem der allzu links stehende Reichswirtschaftskommissar Wagener aus dem Wirtschaftspolitischen Amt der NSDAP in weitem Bogen hinausgeschoben und nur knapp am Konzentrationslager vorbeigekostet war, in dem seine engsten Mitarbeiter auf persönlichen Befehl Hitlers bereits seit einigen Wochen brummen, ein in weiten Kreisen

Wird Herr Jung, an den wir erst gestern einige unangenehme Fragen richteten, so liebenswürdig sein, uns auch noch die weitere Frage zu beantworten:

Wie reimt sich das mit dem viel gepriesenen nationalen „Sozialismus“, daß im verwirklichten Dritten Reich ausgerechnet der Schwerkapitalist und Scharfmacher Thyssen den allmächtigen Wirtschaftsdiktator spielen kann?



Dr. Fritz Thyssen

lich als „Vertreter der Wirtschaft“ in den preussischen Staatsrat berufen wurde, ist nun von den Gauleitern der Nazi im Ruhrgebiet — sicher nicht ohne Einvernehmen mit dem gottsobersten Däsa — zum schrankenlosen Wirtschaftsdiktator über das Ruhrgebiet ernannt worden.

Thyssen hat von diesem Schritt gestern der Öffentlichkeit in einem mehr als selbstbewußten Schreiben Mitteilung gemacht, in dem es heißt: „Auf Grund meiner Berufung in den preussischen Staatsrat habe ich die Pflicht und die Verantwortung übernommen, dem Staat bei der Neugestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse Hilfe zu leisten. Diese Verantwortung kann ich nur erfüllen, wenn die ruhige geordnete Entwicklung der wirtschaftlichen Neuordnung von meiner Seite gesichert wird. In Erkenntnis dieser Tatsache haben, soweit der hiesige Bezirk in Frage kommt, die Gauleiter der NSDAP von Essen, Düsseldorf, Westfalen-Nord und Westfalen-Süd folgendes Schreiben an mich gerichtet:

„Nachdem der preussische Ministerpräsident Ihre Berufung zum preussischen Staatsrat als Vertreter der Wirtschaft ausgesprochen hat, sind Sie für unser Gauwirtschaftsgebiet wirtschaftspolitisch die oberste staatliche Autorität geworden. Demgemäß habe ich alle meine Dienststellen angewiesen, sich in allen Fragen der Wirtschaftspolitik mit Ausnahme der agrarpolitischen Fragen ausschließlich an Sie zu wenden und Ihre Entscheidung als bindend anzusehen.“

Die in diesem Schreiben zum Ausdruck kommende Disziplin erwarte ich nun auch von Seiten der Wirtschaft selbst.

Die erste und wichtigste Voraussetzung für eine Wirtschaftsebelebung, die unser nächstes Ziel ist, liegt darin, daß sich in Zukunft alle Wirtschaftsbeteiligten (Unternehmer wie Arbeiter) auf eine ruhige, die geordnete Neuordnung in keiner Weise störende Entwicklung verlassen können. Ich darf darum von der Wirtschaft erwarten, daß sie diese Voraussetzungen überall und jederzeit erfüllt

und werde etwaige Störungen oder Störungsversuche mit dem mir durch die Berufung zum Staatsrat eingeräumten Einfluß auf die ständigen staatlichen Organe zuvorkommen.“

Rüftig wird also Herr Thyssen mit Unterstützung der nationalsozialistischen Gauleiter im Ruhrgebiet unumschränkt herrschen und die nationalsozialistischen „Gewerkschaften“ werden bewegungslos zu Luschen haben, sonst steigt ihnen Herr Thyssen — mit allen Machtmitteln des neuen Staates ausgerüstet — wegen „Störungsversuchen“ energisch auf die Bude.

machern gegen die Arbeiter. Hitler gegenüber hat er aber immer eine offene Hand gehabt und diese Freigebigkeit hat jetzt nun auch ihre Früchte getragen: Die schärfsten Gegner der Ruhrmagnaten, die sozialdemokratischen Gewerkschaften, sind von den braunen Forderungen zerklüftet und Herr Thyssen kann nun in seinem Königreich schalten und walten, wie es ihm beliebt!

## Die Millionen, die Thyssen seinerzeit zum Ausbau der braunen Banden Hitlers aufgewendet hat, haben sich also gut verzinst . . .

unbekannter Nazi-Reichstagsabgeordneter Wilhelm Keppler als „Wirtschaftspolitischer Berater“ Hitlers berufen.

Dieser unbekannt Herr Keppler ist, wie man jetzt erfährt, dem „Führer“ von den Herren Thyssen und Krupp wärmstens empfohlen und von ihm auch prompt akzeptiert worden. So ist nun ein enger Vertrauensmann Thyssens, der gerade infolge seiner Bedeutungslosigkeit Thyssen blind ergeben ist, der oberste Berater Hitlers in allen Fragen der deutschen Wirtschaft! Herr Thyssen kann auch damit zufrieden sein . . .

# Zusammenbruch des Streikes bei der Fa. Pollack in Braunau Eine furchtbare Lehre für die Arbeiter.

Anfang April überreichten die Unternehmer des Braunauer Vertragsgewerkschaftes der Textilindustrie den Vertragsgewerkschaften gleichzeitig mit der Kündigung des Lohnvertrages die Forderung nach einem allgemeinen Abbau der Löhne im Ausmaß von 12 Prozent. Die zweimal zwischen den Gewerkschaften und dem Unternehmen geführten Verhandlungen blieben ergebnislos und mußten deshalb unterbrochen werden. Die Kollage der Textilarbeiter der Braunauer Bezirke, von der ein großer Teil seit langem in Kurzarbeit steht, und die sehr weitgehenden Forderungen der Unternehmer bildeten für Kommunisten und Nationalsozialisten den Anlaß, diese Lohnbewegung zu einem parteipolitischen Manöver auszuwählen. Noch während die Verhandlungen geführt wurden, riefen die Kommunisten und Nationalsozialisten die Arbeiter der Firma Hermann Pollacks Söhne, der Vereinigten Färbereien und der Firma Novomy zur Arbeit niederlegung auf. Die Arbeitsniederlegung bei der Firma Novomy war von kurzer Dauer, da die Firma die Wünsche der Arbeiter restlos erfüllte. Anders war es bei dem Betriebe der Vereinigten Färbereien, wo der Streik mit einem vollkommenen Mißerfolg endete und die Arbeiter gezwungen wurden, die Arbeit zu den von der Firma gestellten Bedingungen, die auch einen zehnprozentigen Lohnabbau beinhalteten, wieder aufzunehmen.

Am längsten währte der Streik bei der Firma Pollack, die nach der erstmaligen Arbeitseinstellung durch eine Kundmachung der Arbeitersektion bekanntgab, daß sie gewillt sei, die alten Löhne vorübergehend noch aufrechtzuerhalten, jedoch sei sie außerstande, eine vertragliche und zeitliche Bindung einzugehen. Als auch bei der zweiten Verhandlung von der Firma kein anderes Zugeständnis erzielt werden konnte, legte die Arbeiterschaft unter dem Einfluß der Kommunisten und Nationalsozialisten die Arbeit neuerlich nieder, worauf es zu direkten Verhandlungen zwischen dem Betriebsausschuß und der Firma kam, ohne daß sich an dem Standpunkt der Firma etwas änderte. Hierauf wurde der Streikbeschuß durch einfaches Händeaufheben geschaft. Dieser Beschluß, dessen verhängnisvolle Folgen voraussehbar waren und der gegen den Willen der Union der Textilarbeiter zustandekam, ist nur aus der Verheerung eines Teiles der Arbeiterschaft dieses Betriebes durch Kommunisten und Nationalsozialisten erklärlich, die die Arbeiter zum Ausbarren aufforderten und erklärten, daß die Fortsetzung des Streikes die Firma zum Nachgeben zwingen werde. Als im kritischen Momente ein verantwortungsbehafter Funktionär der Union der Textilarbeiter sich

bemühte, das Unheil von der Arbeiterschaft abzuwenden, wurde er niedergeschrien und am Weiterreden gewaltsam verhindert.

So nahmen die Dinge ihren Lauf. Wiederholte Versuche der Streikleitung, die unter kommunistischem Einfluß stand, Verhandlungen mit der Firma anzubahnen, scheiterten an dem Widerstand des Unternehmens. So kam die achte Streikwoche heran, in der die Firma an 500 Arbeiter die schriftliche Aufforderung zur Wiederaufnahme der Arbeit richtete. Dieser Umstand wurde hauptsächlich von den Kommunisten als ein Agitationsmittel für die Fortsetzung des Streikes benützt und als ein Zeichen der Schwäche und beginnender Nachgiebigkeit der Firma ausgelegt. Ja, der kommunistische Sekretär Wenderlich hatte durch seine eigenartigen Verbindungen aus einer ihm „vertrauenswürdigen Quelle“ sogar erfahren, daß die Betriebsleitung der Firma aus Wien den Auftrag erhalten hätte, am Montag, den 11. Juli, die Arbeit unter allen Umständen, wenn es nicht anders geht, zu den alten Bedingungen aufzunehmen, weil dies die Fertigstellung bis zum 15. August befristeter Aufträge erfordere. Verhandlungen, die durch die Bezirksbehörde in Braunau und das Gewerbeinspektorat in Trautenua für Freitag, den 8. Juli, angeleitet worden waren, änderten an der Situation jedoch nichts, da die Firma an ihnen überhaupt nicht teilnahm. Die anwesenden Unternehmenssekretäre gaben nur die Erklärung ab, daß die Firma alle Verhandlungen ablehne, solange die Arbeit nicht aufgenommen ist. Trotz nochmaliger Versuche, die Firma an den Verhandlungstisch zu bringen, ging sie von ihrem Standpunkt nicht ab. Daß durch den Ausgang dieser Verhandlungen, auf die ein großer Teil der Arbeiter große Hoffnungen gesetzt hatte, die Stimmung der Arbeiterschaft trotz den fortgesetzten Ermahnungen der Kommunisten, im Streike auszuharren, nicht gefördert wurde, ist begreiflich. Um so ungünstiger wirkte es auf die Arbeiterschaft, als der 11. Juli kam, der Tag, an dem nach den Behauptungen Wenderlichs die Firma den strikten Auftrag habe, unter allen Umständen die Arbeit aufzunehmen. Die Information des Herrn Wenderlich erwies sich jedoch, wie alle anderen Prophezeiungen der Kommunisten, als trügerisch. Obwohl bei einer Urabstimmung an diesem Tage sich noch die große Mehrheit der Arbeiter für die Fortsetzung des Streikes in der stillen Hoffnung entschied, die Mitteilung des Herrn Wenderlich, daß die Firma noch im Laufe des Tages alle Arbeiter zu den alten Bedingungen wieder aufnehmen wird, werde in Erfüllung gehen, nahmen am Dienstag unter dem Eindruck der niederschmetternden Tatsache, daß sich die Angaben des Herrn Wenderlich als falsch erwiesen, etwa 400 Arbeiter bedingungslos die Arbeit auf. Der Streik war damit eigentlich schon zusammengebrochen, woran sich auch dadurch nichts änderte, daß der kommunistische „Vorwärts“ am Dienstag noch von einer Niederlage der Firma und ihres Direktors Gager und von einer festen Streikfront in Braunau zu berichten wußte.

Das Ende des Streikes, der von der Arbeiterschaft mit bewunderungswürdiger Ausdauer geführt wurde und mit schweren Opfern verbunden war, ist zweifellos eine empfindliche Niederlage. Die Arbeiter haben in diesem Kampfe ihre Pflicht bis zum letzten Augenblick restlos erfüllt. Die Schuld an dieser Niederlage kann daher nicht ihnen beigemessen werden, sondern jenen, die unter völliger Unberücksichtigung der notwendigen Vorkehrungen und durch eine unrichtige Darstellung der Voraussetzungen

die Arbeiter direkt zu diesem Schritt getrieben haben. Diese Lohnbewegung hätte einen anderen Ausgang nehmen können und viele Opfer wären der Arbeiterschaft erspart geblieben, wenn dieser Kampf nicht von Kommunisten und Nationalsozialisten parteipolitisch ausgenützt und vor allem zum Schlag gegen die Union der Textilarbeiter mißbraucht worden wäre. Ob es unter diesen Umständen noch möglich sein wird, gewisse Veränderungen für die Arbeiter herauszuholen, wird sich in den nächsten Tagen zeigen. Wie immer sich jedoch die Lage der Arbeiterschaft dieses Betriebes in der nächsten Zeit noch gestalten wird, für die schweren Opfer dieses Streikes und seinen ungünstigen Ausgang müssen seine Urheber — Kommunisten und Nationalsozialisten — allein und voll verantwortlich gemacht werden.

## Die Aufteilung der Investitionsarbeiten.

Bisher 266 Millionen für die Selbstverwaltung.

In einem Rundfunkvortrag über das Investitionsprogramm führte Arbeitsminister Dostalek gestern aus, daß von den bisher vergebenen Investitionsarbeiten in der Höhe von 1256 Millionen Kronen, die aus der Arbeitsanleihe flüssig gemacht wurden, 266 Millionen auf die Selbstverwaltungskörper entfallen.

Von den aufgebracht Geldmitteln will das Arbeitsministerium für sich 810 Millionen verwenden, davon die Hälfte auf Straßenbauten; für diese soll unter Hinzuziehung der sonstigen verfügbaren Mittel insgesamt zwei Milliarden aufgewendet werden. Auf die staatlichen Forste sollen 16, auf die Post 48, auf Bahnen 306 und auf das Landwirtschaftsministerium 63 Millionen entfallen. 500 Millionen sind für Wasserbauten ausgesetzt, für die eigene Fonds existieren.

## Uebertriebene Klagen.

In heuchlerischer Weise jammert die bürgerliche Presse über die „argen Verfolgungen“ oppositioneller Elemente durch die Staatsgewalt, wenn sie sich gegen die Einrichtungen des demokratischen Staates vergangen haben. Dabei tut man sich wohlweislich, eine Parallele mit dem faschistischen Deutschland zu ziehen, wo jede Opposition, gleich von welcher Seite sie kommt, auf das Brutalste unterdrückt wird. Man vergißt auch, daß selbst jede geistige Verbindung mit Deutschland von den neuzustellenden Hunnen unterbunden wird. Die tschechoslowakische Regierung ist noch jeder Richtung hin viel liberaler. Während eines z. B. ausgeschlossenen ist, daß irgendeine sozialdemokratische Sportorganisation der Tschechoslowakei nach Deutschland kann, findet man hierzulande alle Augenblicke reichdenische Sportler bei öffentlichen Veranstaltungen. Es seien nur die Leitmeritzer Ruderregatta und das Zosser Turnfest genannt. Für den Besuch des letztgenannten Festes machten sogar die reichsdeutschen Nazifreier Propaganda. Weiters muß gesagt werden, daß die gleichgeschalteten Ufosilme aus Berlin immer noch in großer Zahl in tschechoslowakischen Kinosaal laufen und daß in den Kinowochenschauen mehr von Nazideutschland gezeigt wird, als jedem demokratisch gesinnten Menschen lieb sein kann. Die antidemokratische Opposition bei uns kann im Vergleich mit dem Schicksal der antifaschistischen Gewerkschaft in Deutschland wirklich nicht über Härte klagen.

Sie laufen davon! Jetzt, wo es gegen Nazis gehen kann, die wohl vom demokratischen Staat das Geld nehmen, aber durch den Faschismus die Demokratie umbringen möchten, suchen die Faschistenkreuzerhelden das brave Kind zu spielen. Der letzte Ausseniger Stadtwertretungssitzung lagen die Mandatsverzeichnisse von nicht weniger als sieben Vertretern der deutschen nationalsozialistischen Partei vor, darunter auch der Mandatsverzicht des zweiten Vizebürgermeisters Herrn Fischer, der außer seinem Mandat als Vizebürgermeister auch alle anderen Mandate niedergelegt hat. Vier von diesen Mandatsverzeichnissen hat die Gemeindevertretung nicht genehmigt. Das ist böseartig. Nun müssen diese vier gegen ihren Willen weiter die „Opferlamm“ abgeben, die vor der demokratischen Staatsgewalt zittern.

Keine Demunziation. Die „Bohemia“ berichtet, daß ein Marienbader jüdischer Kurgast aus Chemnitz fünf Marienbader Nazilümmel angezeigt habe, weil sie seinen Sohn seines jüdischen Aussehens wegen wüß be schimpft und schließlich tötlich bedroht hätten. Die Marienbader Polizeibehörde hat mit dankenswerter Energie durchgegriffen und gegen die braunen Hölzer ein Verfahren eingeleitet. Soweit gut. Also die „Bohemia“, die diese Nachricht ohne Kommentar bringt, leistet sich das zweifelhafte Vergnügen, den jüdischen Kurgast unter voller Namensnennung den Exekutionsorganen der braunen Barbarei zu demunzieren. Das Verbieten des Unglücklichen besteht darin, daß er die Behörde um Schutz gegen die Pöbeleien fanatisierter Jung-Fänger gebeten hat. Was ihm nun winkt? Im günstigen Fall, dank geinnungsfreudiger „demokratischer“ Beihilfe, wohl das Konzentrationslager.

## 4., 5. und 6. August in Aussig.

Gegen jede Reaktion, für freie Körperkultur, für die Internationale.

Massenaufmarsch, Massensport, Wettkämpfe, proletarische Festkultur.

Nehmt alle daran teil!

# Tagesneuigkeiten

## Furchtbare Brandkatastrophe in Marokko.

Casablanca, 19. Juli. Eine furchtbare Brandkatastrophe in der Gegend von Tetisjeon ist gestern abends infolge der vereinten Bemühungen der Feuerwehr, Gendarmerie und der Truppen bewältigt worden. Nach den letzten Nachrichten sind insgesamt 33 Eingeborene in den Klammern ums Leben gekommen, während über 100 mit schweren Brandwunden in ins Spital eingeliefert werden mußten. Es bestätigt sich, daß der Brand, dessen rasche Ausbreitung auf den überaus heftigen Südwind zurückgeführt wird, durch die Explosion eines Motorpfluges entstanden ist.

## Ein Tiroler Passionstheater eingeweiht.

Erl, 19. Juli. In der vergangenen Nacht brach in dem bekannten Passionstheater Erl in Tirol ein Großfeuer aus, das das Theatergebäude vollkommen einäscherte.

## Aus der Welt des Flugs.

Moskau, 19. Juli. Der amerikanische Weltflieger Post ist um 7 Uhr früh Ortszeit in östlicher Richtung gestartet. Post beabsichtigt, seinen nächsten Aufenthalt in Blagoweschtschensk zu machen. Sein Aufenthalt in Irkutsk ist auf Nebel und Regengüsse zurückzuführen. In Irkutsk mußte außerdem die Leistungsfähigkeit des Apparates geprüft werden. Das Befinden des Posten war ausgezeichnet, nur klagte er über Ermüdung.

Post wurde durch die ungünstige Wetterlage gezwungen, nachmittags 16 Uhr eine Zwischenlandung in Kuchlowo vorzunehmen. Die Landung verlief glatt. Trotz seiner großen Ermüdung ist Post entschlossen, sobald wie möglich nach seinem nur noch 1182 Kilometer entfernten Zielort Chabarowsk weiterzuziehen.

Athen, 19. Juli. Das Passagier- und Postflugzeug, das zwischen Athen und der Insel Rhodos verkehrt, ist überfällig. Es hatte vier Mann Besatzung und zwei italienische Fahrgäste an Bord.

Chicago, 19. Juli. Das italienische Ocean-gehirn Balbo ist heute nach New York gestartet und landete in der Hudsonen, unweit der Insel Manhattan. Auf den Wolkenkratzern von Manhattan und am Flughafen hatten Hunderttausende von Zuschauern Aufstellung genommen, die die italienischen Gäste mit Jubel begrüßten. Sodann gingen die Flugzeuge auf der weiten Wasserfläche des New Yorker Flughafens nieder.

## Drei Geschwister vor den Augen der Eltern ertrunken.

Budapest, 19. Juli. (M.A.) In der Nähe von Nitzeghaza sind drei Geschwister im Alter von 12, 13 und 15 Jahren beim Baden in der Theiß von den Kluten des angeschwollenen Flusses fortgerissen worden. Alle drei ertranken vor den Augen der Eltern, die ihre Arbeit auf dem am Ufer der Theiß gelegenen Feldern versahen.

## Trogl nach Frankreich?

Konstantinopel, 19. Juli. Wie aus gut unterrichteter türkischer Quelle verlautet, hat Trogl von der französischen Regierung die Erlaubnis erhalten, sich dauernd in Frankreich niederzulassen.

## Die Niagara-Stromschnellen durchschwommen.

Und nachher wegen „Landstreicherei“ verhaftet! Niagara falls (Ontario), 19. Juli. (Reuter.) Gestern stieg auf amerikanischer Seite direkt unterhalb des weltbekannten Wasserfalles ein vollständig nakter 18jähriger Jüngling in die Niagara-Stromschnellen und schwamm in der Richtung gegen das kanadische Ufer. Er wurde einige Male in die Stromschnellen gerissen, doch gelang es ihm stets, sich herauszuheben. Nach mehr als zweieinhalbstündigen Bemühungen gelang es ihm, das kanadische Ufer zu erreichen. Es ist dies der erste Fall, in welchem die Durchschwimmung der Niagara-Stromschnellen glückt ist. Kaum hatte der junge Mann das kanadische Ufer erreicht, wurde er wegen Landstreicherei und unberechtigten Durchschwimmens der Stromschnellen verhaftet.

Sonderzüge. Da hat sich in Paris Sonderbares begeben. Der Andrang zu einem Ferienzug war derart stark, daß eine große Zahl von Reisenden keinen Platz mehr bekam. Was taten sie? Kurzerhand setzten sie sich auf die Schienen vor die Lokomotive und räumten das Feld nicht eher, bis ein Sonderzug für sie eingelegt wurde. Große Perspektiven eröffnen sich unseren Blicken: sieht einmal eine Parallele zu diesen „Ausgesperrten“, zu diesen Leuten, für die „kein Platz“ war — merkt Ihr schon? Wie mag es sein, wenn sich die Hunderttausende, die Millionen und Aber-Millionen aller Länder, einmal vor die großen,

# Die staatliche Hilfe für die Opfer der Ueberschwemmung.

Die schwere Hochwasserkatastrophe in Karpathenland hat ganz außerordentliche Maßnahmen notwendig gemacht, um so schnell wie möglich und in wirksamster Weise der betroffenen Bevölkerung Hilfe angeheben zu lassen. Das Ministerium des Innern und die diesem untergeordneten Behörden haben sofort eine erste Hilfe organisiert, wobei die Behörden in ausgiebiger und opfervoller Weise von der Gendarmerie, dem Roten Kreuz, den militärischen Formationen, der Finanzwache, der Feuerwehr, den Kultusgemeinden und den lokalen Korporationen unterstützt wurden. Das Ministerium des Innern, das Landesamt, das Landwirtschaftsministerium und das Land Karpathenland bewilligten die notwendigen finanziellen Mittel. Mit einem bedeutendem Geldgeschenk trug auch der Präsident der Republik zu dieser Aktion bei. Die betroffene Bevölkerung, die zumeist ihr ganzes Hab und Gut verlor und nur knapp mit dem Leben davonkam, wurde in privaten und öffentlichen Gebäuden untergebracht und mit der notwendigsten Wäsche, Kleidungsstücken und Lebensmitteln versehen. Für die Kinder der Heimgeluckten wurden besondere Koste Kreuz-Heime eingerichtet. Das Eisenbahnministerium hat für die Lebensmittel- und Kleiderlieferungen bis zu einem Gewichte von 50.000 Kilogramm einen Tarifnachlaß in der Höhe von 75 Prozent, bei größerem Gewicht bis zu 60 Prozent und bei anderen Sendungen, so z. B. beim Möbeltransport einen Tarifnachlaß von 50 Prozent eingeräumt. Postsendungen für die Betroffenen, adressiert an das Rote Kreuz in Munkacs und in Bihol, können auch unbekannt ausgegeben werden. Durch die Presse, Rundfunk und einen Aufruf des Landesamtes in Uzhorod wurden Sammlungen eingeleitet: Pakete werden an das tschechoslowakische Rote Kreuz in Munkacs oder Bihol, Geldsendungen an das Landesamt in Uzhorod geleitet. Große Fürsorge wird der ungestörten Lebensmittelfuhr in die betroffenen Gebiete gewidmet.

Die Hochwasserkatastrophe hat in drastischer Weise den Fehler beleuchtet, der dadurch begangen wurde, daß Bihol an einer Ueberschwemmung so ausgelegten Stelle erbaut wurde. Da an eine Uebersiedlung der Gemeinde nicht gedacht werden kann, wurde sofort ein

großen Wirtschaftskloster gebaut werden: stop! Neue Züge einsetzen, für uns muß Platz sein! Wir haben ein Recht darauf! Wie mag es wohl aussehen...

Die Besserung der Wetterlage hält an. Die Randstörungen der skandinavischen Depression veranlassen in unseren Gegenden zwar noch streifenweise stärkere Bewölkung, in den südlichen und östlichen Teilen des Staates ist es jedoch bereits vorwiegend heiter. In den allernächsten Tagen ist im ganzen schönes Wetter und allmähliche Erwärmung zu gewärtigen. — Wahrscheinliches Wetter heute: Im ganzen schön und ruhig, morgens in den Sudetenländern streifenweise Nebel, untertags fortschreitende Erwärmung.

Belgrad nimmt einen vertriebenen deutschen Gelehrten auf. Der bekannte deutsche Krebsforscher Professor Blumenthal, dem vom Professorenkollegium der Belgrader Universität ein Lehrstuhl angeboten wurde, ist in Belgrad eingetroffen. Prof. Blumenthal wurde — wie bekannt — aus Deutschland ausgewiesen. Den Blättern zufolge wird Prof. Blumenthal einige Vorlesungen an der Belgrader Universität halten und, falls dies möglich sein wird, das Belgrader Krebsforschungsinstitut umorganisieren.

Mord an einer Siebzehnjährigen in Senohrab. In der Nähe der Sommerfrische Senohrab bei Prag wurde Mittwoch früh um halb 7 Uhr ein 17jähriges Mädchen namens Adena Saldova durch drei Revolverkugeln ermordet. Der Mörder, wahrscheinlich der 23jährige Tischler Josef Vavra, mit dem sie eine Bekanntschaft hatte, warf nach dem Mord die Leiche in einen Bach, wo sie jedoch von Passanten, die die Schüsse und einen Aufschrei des Mädchens: „Jesus Maria, Pepi, was machst du!“ gehört hatten, alsbald aufgefunden wurde. Der Kopf der Leiche lag unter Wasser. Der Leichnam wies zwei tödliche Schüsse in der Stirn und einen Schuß in der linken Hüfte auf; ein vierter Schuß hat wahrscheinlich sein Ziel verfehlt. Die Schüsse sind aus unmittelbarer Nähe abgegeben worden. Auf der andern Seite des Baches wurde ein kleiner Vulkanfichtler mit ärmlichen Wäsche- und Kleiderstücken gefunden, die der Toten gehörten. — Die Ermordete hatte mit Vavra eine Bekanntschaft, einer Heirat stellten sich jedoch die Eltern des Vavra entgegen. Vor einer Woche hatte die Saldova das Elternhaus verlassen und erklärt, sie werde sich einen Posten suchen. Einer Tante gegenüber äußerte sie sich, daß sie bald heiraten werde. Zuletzt wurden die beiden am Abend vorher bei einer Tanzmusik gesehen. Die Gendarmerie nimmt an, daß die Saldo schwanger war und Vavra sich ihrer entledigen wollte. Die Spur des flüchtigen Mörders wurde von der Gendarmerie mit einem Polizeihund verfolgt.

Die Siege der „Rassen“. Die Abstimmung, die zur Aufhebung des Alkoholverbotes in den einzelnen Staaten der Union zur Zeit durchgeführt wird, hat nun auch in Alaska und Alabama, zwei alten Hochburgen der Abstinenzler, zu einem Sieg der „Rassen“ geführt.

## Projekt für die Errichtung eines mächtigen Damms zum Schutze der Stadt Bihol gegen Ueberschwemmungen

bei den Zentralbehörden ausgearbeitet und durchberaten. Das wasserrechtliche Verfahren wird in den nächsten Tagen durchgeführt, die Arbeiten mit größter Beschleunigung vergeben und aufgenommen werden. Weiters wird an die Ausbesserung der beschädigten Kommunikationen und Brücken geschritten. Die Ursache des Bründeneinsturzes bei Bistina wird behördlich untersucht. Die vom Hochwasser heimgesuchten Landwirte legen eine anerkanntswerte Unverfrorenheit an den Tag, sie arbeiten, verlieren nicht die Geduld und bemühen sich zu retten, was noch zu retten ist. Durch diese Tätigkeit des kleinen Landvolkes wird der ursprüngliche Schadensumfang einigermaßen eingeeignet.

Auch der Ministerrat hat sich abermals mit der Hilfsaktion beschäftigt und widmet allen Hilfsmöglichkeiten, mit denen der Staat der betroffenen Bevölkerung die Situation zu überwinden helfen kann, seine Aufmerksamkeit. Nach dem Beschluß des Ministerrates werden für die Ausbesserungs- und Neubauarbeiten die notwendigen Bauholzvorräte aus den staatlichen Forsten und Gütern zur Verfügung gestellt. Diese Aktion wird unter Benützung des entfallenden Betrages aus dem Erlös der Arbeitsanleihe durchgeführt. Für den Neubau der Wohnhäuser arbeiten die staatlichen Bauämter gemeinsam mit Forstpraktikern, die solche Bauten bereits durchgeführt haben, alle notwendigen typisierten Pläne aus, der Bau der Häuser erfolgt unter staatlicher Aufsicht. Die fertiggestellten Baubestandteile der Typenhäuser werden an bestimmten Stellen konzentriert und an Ort und Stelle auf dem Wasserwege befördert. Auf ähnliche Weise erfolgt die Vorbereitung des Baues und der Bau der hölzernen Wohnhäuser für die staatlichen und anderen öffentlichen Angestellten, die durch das Hochwasser um Obdach und Besitz gekommen sind. Die Regierung genehmigte die Anträge des Innenministeriums für das weitere Fortschreiten der Hilfsaktion und beschloß, daß alle Ressorts der Staatsverwaltung, die mit den Hilfsarbeiten zu tun haben, in gegenseitigem Einvernehmen und mit größter Beschleunigung vorgehen sollen.

Brennende Erdgasfontäne. Umweit der rumänischen Stadt Medias brach vor etwa einer Woche aus dem alten Krater eines Bullans eine brennende Methan-Gasföhle hervor, die man bisher nicht zu löschen vermochte. Die brennende Gasföhle erreicht eine Höhe von 300 Metern und bietet einen herrlichen Anblick. Die gesamte Umgebung im Umkreise von etwa 10 Kilometern ist wunderbar beleuchtet, so daß die Stadt Medias leichter keine Nacht kennt. Aus ganz Rumänien strömen Besucher herbei, um diese seltene Naturerscheinung zu beobachten.

Starke Frequenz auf der Reichs-Drahtseilbahn. Wie das Eisenbahnministerium mitteilt, erfreut sich die kürzlich eröffnete Drahtseilbahn auf den Reichs einer starken Frequenz. Die Anzahl der Fahrgäste ist an manchen Tagen so beträchtlich, daß die Drahtseilbahn ununterbrochen im Betrieb ist. Durchschnittlich wurden bisher täglich 324 Personen befördert, es gab aber auch schon Tage mit mehr als 600 Fahrgästen. Die bisherigen Betriebsergebnisse der Drahtseilbahn, die bekanntlich Eigentum der Staatsbahnen ist, sind also sehr zufriedenstellend.

Journalisten-Risiko. Aus Palma auf der Insel Mallorca wird gemeldet: Montag hätte nicht viel geseht, und der amerikanische Journalist Theodor Pratt aus New York wäre geknackt worden, weil er über die Insel Mallorca und deren Einwohner ungünstig geschrieben hatte. Ungefähr 300 Leute rotteten sich rund um seine Villa zusammen und nahmen eine bedrohliche Haltung ein. Zum Glück für den amerikanischen Journalisten endete die Angelegenheit bloß mit einem Wortgefecht, da die Bürgergarde Pratt zu Hilfe kam. Doch mußte er sofort die Insel verlassen.

Eine Stadt ohne Wirtschaft. In der nördlichsten Stadt der britischen Inseln, Lerwid, gibt es keine Gastwirtschaft. Seit zehn Jahren ist die Stadt infolge einer Gemeindevotung „trosten“ geworden. Sie hat etwas über 5000 Einwohner; doch kommen im Sommer tausende Fischer aus ganz England und Schottland zum Heringsfang und mit ihnen tausende schottische Mädchen und Frauen, um die erbeuteten Heringe zum Versand zurecht zu machen. Für vier Monate hat die Stadt eine Bevölkerung von mehr als 20.000 Menschen, die keine Gelegenheit haben, ihren Lohn in eine Schankstube zu tragen, die aber dafür mehr für Lebensmittel, Kleider und Schuhe ausgeben.

Zweitausend neue Kneipen in Frankreich. Die französische Kammer hat ein Gesetz angenommen, der für die wiederaufgebauten Gebiete Nordfrankreichs zweitausend neue Gasthauslizenzen bewilligt. Die Lizenzen werden zu tausend Franken abgegeben. Ein Keryxblatt: Vion medical, Paris, schreibt dazu: „zweitausend neue Kneipen bringen dem Staat zwei Millionen Franken neue Einnahmen und kosten ihn zwanzig Millionen neue Ausgaben.“

Betriebsespionage? Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus Essen: In Belfert ist eine umfangreiche Betriebsespionage aufgedeckt worden. Ein Betriebs-

## Braunes Geflüster.

Der S. A. Mann sagt, aber vorerst noch mehr für sich:

Da haben wir nun die Notenerfahrungen, Die Juden vertrieben und stramm konzentriert, Damit, um es noch höflich zu sagen, Der Geldschrank der Krupp und Thyssen diktiert!

Wir waren gute Parteigenossen Und rüftig bei jedem Nummel dabei, Wir haben en masse „auf der Flucht erschossen“, Damit Herr Thyssen Diktator sei?

Wir hörten tagaus und tagein die Reden Von Sozialismus und Arbeit und Brot, Jetzt werden wir in den Fintern getreten Und stehen stramm nach Herrn Thyssens Gebot.

Wir gehen stemplen; das ist das Ende, Die braunen Bongen sind fein heraus, Und schütteln den Krupp und Thyssen die Hände. Die Revolution? Die ist längst noch nicht aus!

D. m. e.

angehöriger der Hauswirtschaftsmaschinen-Fabrik in Belfert wird beschuldigt, das geheime Verfahren für die Zusammenfügung der Böder zur Verzinnung von hauswirtschaftlichen Maschinen an eine auswärtige Firma verraten zu haben. Diese Firma hat dann offenbar das Betriebsgeheimnis weiter verkauft. Man führt nun den außerordentlichen Rückgang der Ausfuhr von hauswirtschaftlichen Maschinen nach Frankreich und nach der tschechoslowakischen Berratt der Zusammenfügung der Verzinnungsböder zurück, wodurch es den dortigen einheimischen Firmen ermöglicht worden sei, selbst in gleicher Qualität das bisher von der Belferter Firma angewandte Verfahren durchzuführen. Weiter soll das Betriebsgeheimnis auch an andere deutsche Firmen verraten worden sein.

Straßenbahnunglück in Wien. Gestern nachmittags ist nächst dem Straßenbahnhof Gudrunstraße im X. Bezirk ein zur Reparatur fahrender Motorwagen in einen bei der Haltestelle stehenden Straßenbahnzug hineingefahren. Der Motorwagen wurde umgeworfen; zwölf Personen wurden verletzt, darunter drei schwer. Auch auf der Reichsbrücke stieß ein Straßenbahnzug der Linie 25 mit einem Straßenbahnzug der Linie 16 zusammen, wobei vier Personen verletzt wurden.

Geometer als Berufsoffiziere. Das Ministerium für nationale Verteidigung beschäftigt das Berufs-offizierkorps der Artillerie durch Personen zu ergänzen, welche Hochschulbildung in der Landesvermessungslunde aufweisen. Den sich meldenden Geometern wird der erste Jahrgang der Militärakademie ganz nachgesehen, die Studienzeit des zweiten Jahrgangs wird ihnen auf sechs Monate verkürzt. Um die Aufnahme können sich ledige Geometer bewerben, welche die Staatsprüfung mit Erfolg abgelegt haben, das 30. Lebensjahr nicht überschritten haben, die Reserveoffizierschule irgend einer Waffengattung absolviert haben und auch den übrigen vorgeschriebenen Bedingungen entsprechen (Uchl. Staatszugehörigkeit, körperliche Eignung, Kenntnis der Dienstsprache usw.). Die näheren Informationen werden am 22. Juli l. J. im Verordnungsblatt des Ministeriums für nationale Verteidigung verlaublichbar werden.

Flucht eines gefährlichen Verbrechers. Aus dem Jglauer Krankenhaus flüchtete Montag nachts neuerdings der dort in Behandlung sich befindliche gefährliche Verbrecher Franz Wylka, der sich vor einer Woche im Gefängnis des Kreisgerichtes absichtlich mit einem scharfen Blech den Bauch aufgeschlitten hatte, um ins Krankenhaus zu gelangen und dort bessere Gelegenheit zur Flucht zu haben. Schon vor einem Monat hatte Wylka einen Finger geopfert, um ins Krankenhaus zu gelangen und von dort flüchten zu können. Damals wurde er mit Hilfe der Gendarmerie, Polizei und des sich in der Nähe befindlichen Militärs am zweiten Tage wieder eingefangen. Wylka, der die Handelsschule absolviert hat, war ursprünglich Eisenbahner. Während seiner 34 Lebensjahre hat er bereits zehn Jahre Kerker abgeessen; er pflegt bei seinen Verbalgungen von der Schußwaffe Gebrauch zu machen. Er ist dadurch bekannt, daß er im Jglauer Gebiet eine Verbrecherbande organisiert hat.

Zwei Soldaten ertrunken. Sonntag kamen auf der Militärschwimmhalle in Ungvár während des Nachmittags fünf Soldaten in Lebensgefahr. Zwei von ihnen wurden bewußlos aus dem Wasser gezogen und ein Soldat des Artillerieregiments Nr. 12, Josef Bancer, wurde erst abends als Leiche geborgen. In Munkacs erkrankte der Soldat Johann Langer.

## Vom Rundfunk

Empfehlenswertes aus den Programmen.

Freitag:

Prag: 10.10 Schallplatten. 14.50 Konzert. 18.10 Schallplatten. 18.30 Deutsche Sendung. 19.10 Kompositionen von Paganini. 20.50 Hörspiel. 21.30 Klavierkonzert. — Brunn: 11.00 Konzert. 14.50 Konzert. 17.55 Frauenkonzert. 18.25 Deutsche Sendung. 20.00 Konzert. — Wien: 12.00 Mittagskonzert. 17.05 Das Leben auf dem Monde. 19.10 Unterhaltungskonzert. 20.50 Sinfoniekonzert. — Breslau: 16.00 Lieder und Balladen. — Mülhader: 20.05 „Der zerbrochene Krug“ von Kleist. — Hamburg: 20.10 Leben in einem Bienenstock. — Leipzig: 21.25 Operettenmusik. — Berlin: 17.10 Volkslieder-Duette. — München: 21.10 Miniaturen.

# Das Gesetz zum Schutz der Ehre.

Von Dr. Egon Schwelb.

Das Gesetz zum Schutz der Ehre, welches nunmehr von beiden Häusern der Nationalversammlung angenommen worden ist, gehört seinem Wesen nach nicht in die Gruppe jener Gesetze, die, wie die Novelle zum Gesetz über die außerordentlichen Verfügungen, die Novelle zu den Gemeindefahndungsordnungen, die Änderung der parlamentarischen Geschäftsordnungen, die dienstrechtlichen Bestimmungen für öffentliche Angestellte oder die Novelle zum Republikchutzgesetz durch den Faschismus erlassen worden sind. Das Gesetz zum Schutz der Ehre ist vielmehr schon im Jahre 1930 vom Justizminister Dr. Meißner der parlamentarischen Behandlung zugeführt worden und sollte gemeinsam mit dem Entwurf des Preßgesetzes eine Kodifikation des gesamten Preßrechtes und Ehrenschutzes auf moderner, freiheitlicher Grundlage bilden. Von der parlamentarischen Behandlung des allgemeinen Preßgesetzes ist Abstand genommen worden und es wurden, wie hier bereits dargestellt, nur einige Kapitel des Entwurfes des Preßgesetzes zum sogenannten „kleinen Preßgesetz“ zusammengefaßt. Die Bestimmungen über die Kolportage, über den Schutz der Jugend, ausländische Zeitungen und über den Berichtigungszwang.)

Das Gesetz über den Schutz der Ehre ist jedoch als ganzes parlamentarisch behandelt und erledigt worden.

Der vorzügliche Entwurf des Justizministeriums hat im Zuge der Verhandlungen im Verfassungs- und Rechtsausschuss des Abgeordnetenhauses wesentliche Veränderungen erfahren, von denen kaum behauptet werden kann, daß sie den Entwurf verbessert hätten. Trotzdem bringt das Ehrenschutzesgesetz doch in manchen Richtungen immerhin eine gewisse Modernisierung des bisherigen Rechtszustandes.

Eine Einengung der als Beleidigung strafbaren Tatbestände ist im neuen Gesetz nicht enthalten, sondern eher eine gewisse Erweiterung. Eine Milderung der Strafen enthält das Gesetz gleichfalls nicht. Bemerkenswert ist aber, daß der bisher sogenannte „Wahrscheinlichkeitsbeweis“, der nunmehr „Beweis des entschuldbaren Irrtums“ heißen wird, erleichtert wird, so daß gerade auf diesem Gebiet eine erhebliche Entlastung insbesondere der Presse erhofft werden kann. Bisher genügte der Wahrscheinlichkeitsbeweis nur dann zum Freispruch des Redakteurs, wenn die Absicht offenbar war, vor allem ein öffentliches Interesse zu wahren. Aber auch der wegen Belingens des Wahrscheinlichkeitsbeweises freigesprochene mußte nach bisherigem Rechte dem Kläger, der den Prozeß verloren hatte, die Prozeßkosten ersetzen. Das wird nun abgeschafft (in einem solchen Falle wird jeder seine eigenen Kosten zu tragen haben) und überdies wird es zur Strafflosigkeit hinführend sein, wenn die Anführung der Tatsache, durch die sich der Kläger beleidigt fühlte, überhaupt im öffentlichen Interesse lag oder die Anführung zur Verteidigung eines wichtigen Privatinteresses notwendig gewesen ist. Ein großer Teil der bisherigen Beschränkungen in der Zulassung des Wahrheits- und Wahrscheinlichkeitsbeweises wird fallen gelassen. In Zukunft können auch solche Delikte, welche nur über Privatanklage eines Dritten verfolgt werden können, unter Beweis gestellt werden. Ausgeschlossen bleibt der Wahrheitsbeweis — und dies mit Recht — über Tatsachen des Privat- und Familienlebens, sofern sie nicht Gegenstand einer öffentlichen Gerichtsverhandlung waren.

Bei der Beurteilung des Sinnes und Inhaltes einer Äußerung und bei Entscheidung der Frage, ob der Wahrheitsbeweis oder der Beweis des entschuldbaren Irrtums gelungen ist, hat das Gericht alle Teile der Äußerung, um die es geht, zu berücksichtigen, auch dann, wenn ein Teil der Äußerung nicht geklagt ist. Durch diese Bestimmung wird der bei Klägern, die Butter auf dem Kopfe haben, so beliebten Praxis ein Riegel vorgeschoben, die darin bestand, daß man sich z. B. aus einem Artikel die Stellen, für die der Wahrheitsbeweis sehr schwer zu führen ist, ausuchte, die für den Kläger „gefährlicheren“ Stellen aber nicht klagte. Auf den Umstand, daß untergeordnete, an dem Wesen der Beschuldigung nichts ändernde Tatsachen nicht bewiesen worden sind, ist nach dem neuen Gesetz keine Rücksicht zu nehmen.

In begründeter Weise wird das Institut des „Absehens von der Strafe“ sehr erweitert. In einzelnen Fällen muß, in anderen kann das Gericht, selbst wenn es den Angeklagten schuldig findet, von der Bestrafung absehen. Dies ist dann der Fall (ein sehr kluger, moderner Gedanke!), wenn der Kläger nur die Feststellung begehrt, daß er zu Unrecht beleidigt worden ist, auf die Bestrafung des Beleidigers aber verzichtet. Eine Strafe wird ferner dann nicht verhängt, wenn — bei leichteren Beleidigungen — der Täter vom Beleidigten provoziert worden ist und schließlich dann, wenn der Beschuldigte eine angemessene Genugtuung geleistet hat. Die Kostenfrage ist in diesen Fällen so geregelt, daß die bisher oft übliche Zuhilfenahme des Angeklagten erspart oder unmöglich gemacht ist.

Bei Beleidigungen, die nicht durch die Presse begangen worden sind, wird ein obligatorisches Schlichtungsverfahren vor besonderen Organen

# Ponza — die Insel der Martern

## Aus einem Konzentrationslager des Urfaschismus.

Ponza, ein Eiland zwischen Neapel und Gaeta, war neuerdings der Schauplatz der „Heldentaten“ der Schergen des italienischen Faschismus.

Vor einiger Zeit wagten es die Frauen der auf Ponza Verbannten, sich über die Nachstellungen der faschistischen Milizsoldaten zu beschweren. Sie wurden daraufhin verurteilt und an einen anderen Ort verschickt. Ende Mai sollten die Frauen wieder nach Ponza zurückgeschickt werden. Die Ortsbehörden beschloßen, um Kundgebungen vorzubeugen, aus diesem Anlaß einige Erwidrerungen der Vorschriften für die Verbannten. So wurde es unterstellt, daß mehr als vier Verbannte in der Strafe oder in den Schlafstellen, in denen abends die familienlosen Verbannten in furchtbarer Enge eingeschlossen sind, zusammenkommen, und löste die Bibliotheken und die kleinen Genossenschaften auf, die sich die Verbannten geschaffen hatten, um den bescheidenen Luxus einiger Bücher und einer etwas besseren Nahrung genießen zu können.

Das überstieg, selbst wenn man von der Achtung, die man sogar einem Gefangenen schuldet, absteht, die Vorschriften des Disziplinarreglements. Am 7. Juni beschloßen daher 152 politische Verbannte aller Richtungen, gegen die neuen Verfügungen, die am 10. Juni in Kraft treten sollten, zu demonstrieren. Sie begaben sich vor das faschistische Bureau und warfen dort ihre „Verbannten-Bücher“ nieder. Sie wurden verhaftet, gefesselt und in der brutalsten Weise behandelt. Am 14. Juni erschienen sie vor dem Neapler Gericht, das unter verschlossenen Türen tagte. Die Verteidiger wurden erst zwei oder drei Stunden vor der Verhandlung informiert. Der einzige amtliche Verteidiger, der für alle Angeklagten galt, wurde einen Tag vor der Verhandlung avisiert.

Ergebnis: 148 Verurteilungen zu fünf Monaten Gefängnis, 4 Verurteilungen zu elf Monaten. Die Verurteilten gehören allen möglichen politischen Richtungen an.

Kommentare waren überflüssig. Tagegen seien hier noch einige Mitteilungen wiedergegeben,

(Schlichtern oder Friedensrichtern, „smirat“) eingeführt.

Diese Schlichter werden vom Präsidenten des Kreisgerichts über Vorschlag des Bezirksausschusses ernannt. Von dieser Einrichtung wird eine Verbilligung des Ehrenschutzes und die Vermeidung kleinlicher, aber kostspieliger Ehrenbeleidigungsprozesse, die leider insbesondere in proletarischen und kleinbürgerlichen Kreisen nicht selten sind, erwartet.

Das Ehrenschutzesgesetz hebt schließlich einige der am meisten berücksichtigten Bestimmungen der Preßnovelle aus dem Jahre 1924 auf; so die Einrichtung der „Nennung des Autors“, von der die anständige Presse nie Gebrauch gemacht hat und die Bestimmung, wonach das Gericht in einem verurteilenden Erkenntnis den Angeklagten verurteilen kann, zugunsten desjenigen, dessen Ehre nahegetreten wurde, als Entschädigung für die durch die Handlung verursachte Kränkung bis zu 10.000 Ks zu bezahlen.

## Wer ist Darre?

### Eine Spottfigur der deutschen Politik!

Das hatte sich vor einem Jahre Herr Walter Darre bestimmt nicht träumen lassen, daß er heute Minister sein würde. Und mit Darre viele andere Leute auch nicht!

Darre gehörte damals zu den beliebtesten Figuren des allgemeinen Spottes! Wo immer politischer Hohn und Witz laut wurden, fiel auch der Name des heutigen Landwirtschaftsministers. Dabei konnte Darre in normalen Stunden nicht einmal sagen, daß dieser Hohn ihn unbedient getroffen hätte.

Denn er ist ja der Begründer jener eigenartigen „Rasselehre“, die überall nur ein lautes Gelächter hervorrief, wo sie besprochen wurde.

### Die deutsche Rasse ist verdorben.

Walter Darre behauptet, die germanische Rasse sei durch die verschiedensten Blutmischungen derart vermanscht und verdorben, daß die notwendige „Aufordnung“, die Züchtung eines neuen, blonden und starken Germanengeschlechtes nur durch drakonische Zwangsmaßnahmen zu erreichen sein werde.

Da nicht anzunehmen ist, daß der einzelne Mensch freiwillig den Vorschlägen folgen werde, verlangt Darre vom nationalsozialistischen Staat, daß er durch Gesetz verwirklichte, was er phantasiert hat. Und eben diese phantastischen Vorschläge waren es, über die der Politiker ebenso herzhast lachte wie der Wissenschaftler und der Mann des Volkes.

### Darres „Mißgärten“.

Unter den 60 Millionen des deutschen Volkes meint Darre immerhin einige zehntausend wirkliche Germanen finden zu können. Hitler freilich wird nicht unter den Auserkorenen sein, auch nicht Göbbels, nicht einmal Darre selber. Mit den wirklichen Germanen will Darre sein großartiges Experiment in Szene legen.

Er schlägt vor, nach eingehender Blutprüfung die wenigen echten Germanen in besondere Lager zu bringen, damit sie dort das neue, garantierte reine germanische Volk züchten.

die bei der Ueberführung der zahlreichen politischen Verbannten nach Neapel durchsickerten.

### Unter den Verbannten herrscht die Tuberkulose.

Vor uns liegt eine lange Liste mit den Namen der Opfer. Dazu gehören Kriegsinvalide und Männer, die während des Krieges ausgezeichnet wurden (Zatti, Paulin, Baldazzi), Wodiglo, der unter den Habsburgern wegen irredentistischer Tätigkeit zum Tode verurteilt worden war und — worauf man gefaßt sein mußte — Opfer der Mißhandlungen: Marguerite Zechi, eine Frau, die von den Polizisten geschlagen worden war, Dino Guillonetti, der im Gefängnis in Genua mißhandelt wurde und Pradolongo, der infolge der Mißhandlungen im Gefängnis in Bologna taub wurde.

Das sind die letzten Opfer. Gleichzeitig aber erhalten wir Mitteilungen über andere aus früherer Zeit. Im Juli 1932 wurden in Rom drei „Giustizia e Libertà“ verhaftet. Sie wurden durch Schläge auf die Fußsohlen schwer verletzt und ihre blutenden Füße sodann in Salzwasser getaucht. Minaso Antoine, 53 Jahre alt, wurde in Tripolis als Mitglied von „Giustizia e Libertà“ verhaftet. Zunächst ließ man ihn einige Tage hungern, dann gab man ihm Hauschafte, um ihm die Zunge zu lösen, worauf weitere furchtbare Mißhandlungen folgten. Schließlich wurde er nach Rom transportiert. Seither fehlen alle Nachrichten über ihn.

In Rom ist der Polizeikommissar Menichincheri, der Mann, der die Folterungen leitete. So hat er Delfini furchtbar mißhandelt, der bei seinem Prozeß im vergangenen Jahr vor dem Sondergericht über die Foltern berichtete, denen er ausgesetzt war. Natürlich ist Menichincheri weiter Polizeikommissar. Delfini, der mit Sandfäden auf die Brust und das Herz geschlagen wurde, dem man mit einer brennenden Lampe das Gesicht versengte, ist tuberkulös geworden und liegt im Sterben.

Auf tausend germanische Edeljungfrauen möge man etwa 100 ebenso edle Germanenjünglinge loslassen — und wenn man dieses Experiment jahrein, jahraus wiederholt, dann bekommt man schließlich einen Stamm von Germanen, wie ihn sich Wotan nicht besser wünschen kann. So nach ein, zwei, drei Generationen wird man schließlich dazu übergehen können, die vielen Vastarde im deutschen Volke von der Fortpflanzung überhaupt auszuschließen, und man erhält — voila! — das rassereinigete, deutsche Germanenvolk!

Die schönen Zeugungsanstalten, in denen die germanischen Zuchtbullen auf die germanischen Kühe losgelassen werden, heißt Darre die „Mißgärten“. Der vorlaute Volksmund freilich sprach von „Mißgärten“.

### Und heute deutscher Minister!

Wie schon gesagt: noch vor einem Jahre machte jeder einen sauren Wis, wenn von Herrn Darre gesprochen wurde. Nicht selten so saftig, daß sogar die Wände rot wurden, die sie hörten! Und heute ist der Mann Minister!

# Wie Arnolt Bronnen ein rassenreiner Arier wurde.

## Aus der St. tengeschichte des Dritten Reiches.

Der Arierparagraph des Dritten Reiches ist im Interesse der Rassenreinheit sehr streng. Ist die Mutter Christin, der Vater ein Jude, so ist das aus dieser Ehe hervorgegangene Kind ein „Vastard“, ein Judenstämmling, ein verachtenswertes Individuum — mit einem Worte ein Staatsbürger zweiten Ranges. Aber auch in diesem Falle besteht eine Möglichkeit, daß der Sproß aus einer solchen Mischehe zu einem vollwertigen Bürger avanciere, wenn er nämlich die notwendige Gemeinheit besitzt, die einen jeden echten Nationalsozialisten auszeichnet.

Arnolt Bronnen, der Verfasser einiger schlechten Kriegseromane ist seit einigen Monaten, seit der Machtübernahme durch Hitler, ein überzeugter Nationalsozialist. Er verstand es auch im Münchener Braunen Haus Fuß zu fassen, ja selbst in Hitlers nähere Umgebung einzudringen und ein Vertrauensmann des Sonnenkönigs zu werden.

Seine Karriere schien im Dritten Reich gesichert zu sein, aber da passierte ihm ein kleines Unglück. Es kam der berühmte Arierparagraph und die Aktion zur Ausrottung der Judenstämmlinge machte selbst vor dem Braunen Hause nicht halt. Auch Arnolt Bronnens Rassenreinheit wurde einer näheren Untersuchung unterzogen, und da kam alles ans Tageslicht. Es stellte sich einwandfrei heraus, daß Arnolt Bronnen mit seinem bürgerlichen Namen Arnolt Bronner heißt und daß er aus Marisch-Strau stammt. Seine Familie besteht aus lauter reinen jüdischen Schnapsfabrikanten. Seine Mutter ist allerdings eine Christin. Aber was tut's? Bronnen mußte das Braune Haus mit Schimpf und Schande verlassen und es drohte ihm das selbe Schicksal wie dem Wahrsager des Dritten Reiches Hanssen-Zeinschneider, nämlich ermordet zu werden.

# Das Angebot.

Von Jo Hanns Köhler.

Und dies ereignete sich vor drei Tagen an dem Postschalter D des Postamtes 62 in der Lindenfelder Straße in einer frühen Nachmittagsstunde. Vor den Postschalter tritt ein Herr.

„Zwei Marken zu zehn“, verlangt er.  
Der Beamte nickt, löst umständlich zwei Marken vom Bogen und schaut auf.  
„Ihre ich mich?“  
„Wie?“  
„Habe ich nicht das Vergnügen mit Herrn Mittelmeier?“  
„Gewiß.“  
Der Beamte nickt freudig:  
„Wie geht es, Herr Mittelmeier? Wie steht das wertere Befinden? Alles gesund daheim? Frau und Kinder wohlauf? Was macht das Geschäft?“  
„Danke.“  
„Hoffentlich bleibt das Wetter jetzt schön —“  
Der Herr am Schalter wird ungeduldig.  
„Hoffentlich“, sagt er, „kann ich jetzt meine zwei Marken haben?“



„Mit Vergnügen.“  
Der Beamte sagt es, gibt aber die Marken nicht aus der Hand.  
„Sonst noch einen Wunsch?“  
„Danke, Nein.“  
„Vielleicht ein paar Postkarten?“  
„Nein.“  
„Marken zu fünf, zwanzig und dreißig?“  
„Nein, Nein.“  
„Vielleicht Paketadressen gefällig? Zahlkarten? Postanweisungen?“  
„Ich brauche wirklich nichts.“  
„Nennen Sie schon unsere neuen Wohltätigkeitsmarken? Soeben herausgekommen. Hier sind sie. Wunder schön, nicht wahr? Der ganze Satz nur drei Mark. Darf ich sie Ihnen dazupacken?“  
„Ich habe kein Interesse für Marken.“  
Der Beamte legt den Satz zurück.  
„Schade. Und wie steht es mit Telegrammformularen? Noch genügend Vorrat daheim?“  
Der Herr wird krebrot im Gesicht.  
„Geben Sie mir endlich meine Marken und lassen Sie mich ungeschoren!“  
Der Beamte lacht. Keine Kränkung steht in seinem Gesicht.

„Bitte sehr — wie der Herr Mittelmeier wünschen — vielleicht ein anderes Mal — hier sind die Marken, zwanzig Pfennig bitte — wenn der Herr sonst noch etwas brauchen — wollen Sie sich nicht ein Postcheckkonto anlegen?“  
Der Herr ist weitend abgegangen.  
Die Kollegen umstehen nun staunend den Beamten.

„Was heißt das? Was soll das? Warum haben Sie das getan?“  
Der Beamte atmet befriedigt auf.  
„Aus Rache“, sagt er.  
„Aus Rache?“ Wie?“  
Der Beamte seufzt:  
„Der Herr ist mein Friseur. Ich lasse mich täglich von ihm rasieren. Und jedesmal löst er mich nicht früher aufstehen, bevor er mir nicht seinen ganzen Vorrat von Seifen, Kopfwasfern, Parfums und Puder angeboten hat.“

Er ist also ein rassenreiner Arier und als solcher hat er das Recht im Dritten Reich eine Führerstellung einzunehmen.

Nun war der Tatbestand sonnenklar. Hitler und seine Henkerknechte sahen reumütig ein, daß sie nicht das Recht hatten, an Arnolt Bronnens Ariertum zu zweifeln und nahmen ihn wieder in ihrer Mitte auf. Der Mann, der seine Mutter öffentlich des Ehebruchs bezichtigt, um sich dadurch Vorteile zu schaffen, ist entschieden würdig, ein Führer des Dritten Reiches zu sein.

Seine Mutter hätte seinerzeit die eheliche Treue nicht immer gehalten; sie hätte die Ehe neun Monate vor seiner Geburt mit einem rassenreinen Arier gebrochen. Der Sproß dieses Ehebruchs sei er — Arnolt Bronnen.

Er ist also ein rassenreiner Arier und als solcher hat er das Recht im Dritten Reich eine Führerstellung einzunehmen.

Nun war der Tatbestand sonnenklar. Hitler und seine Henkerknechte sahen reumütig ein, daß sie nicht das Recht hatten, an Arnolt Bronnens Ariertum zu zweifeln und nahmen ihn wieder in ihrer Mitte auf. Der Mann, der seine Mutter öffentlich des Ehebruchs bezichtigt, um sich dadurch Vorteile zu schaffen, ist entschieden würdig, ein Führer des Dritten Reiches zu sein.

Paul Diner-Denes.

